



**Armin Schuster**

im Deutschen Bundestag  
für den Wahlkreis

**Lörrach-Müllheim**



**CDU**

Bericht aus Berlin

Nr. 31 vom 16. Dezember 2011

**DIESE WOCHE AKTUELL**

**Gipfelbeschlüsse verleihen Europa Schub**

Die Regierungschefs haben mit den Gipfelbeschlüssen der vergangenen Woche ein Auseinanderbrechen der Eurozone vermieden. Gleichzeitig haben sie das Tor zur politischen Fiskalunion weit aufgestoßen. Ein Durchbruch war notwendig, da außer Deutschland und Frankreich alle anderen 24 Partner die besondere Eilbedürftigkeit nicht sahen und diese Grundsatzfragen erst nach beendigter Krise beantworten wollten.

Mit dem fiskalpolitischen Pakt entsteht eine neue Vertragsgrundlage für den Euro. Wesentliches Element ist die verbindliche Einführung der Schuldenbremse in die nationalen Verfassungen, weitgehend nach deutschem Vorbild. Wer die gemeinsamen Grenzen von Staatsdefizit und Gesamtverschuldung nicht beachtet, unterliegt fortan regulierenden und ggf. auch vorbeugenden Eingriffen der Vertragsgemeinschaft, also der Europäischen Kommission.

Bedauerlicherweise scheiterte die von uns gewünschte Änderung des Lissabon-Vertrages an der Verweigerungshaltung Englands. Daher regeln wir dies nun in einem intergouvernementalen Vertrag. Für uns im Deutschen Bundestag besteht zunächst kein unmittelbarer Entscheidungsbedarf. Wir haben die jetzt in Brüssel vereinbarte Schuldenbremse bereits im Grundgesetz verankert, den Haftungsrahmen des Bundeshaushalts abgesteckt und das Instrumentarium des Euro-Rettungsschirms EFSF gebilligt. Ich erwarte Anfang 2012 Beschlüsse für das Vorziehen des permanenten Rettungsschirms ESM. Wir beherrschen die Lage also doch besser als es uns die Zeitungen morgens oder das Fernsehen abends weis machen möchten.



Frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr wünschen Armin Schuster und sein Berliner Team (nicht im Bild: Martina Vietzke). Vielen Dank für Ihr Interesse am Bericht aus Berlin.

Sehr geehrte Damen und Herren,

sowohl Grüne als auch SPD haben auf ihren Parteitag große Umverteilungsprogramme beschlossen. Sie wollen uns damit mehr Einkommensgerechtigkeit suggerieren. Genauer Hinsehen zeigt allerdings, dass sich ein höherer Spitzensteuersatz schon ab 59 000 Euro Jahresgehalt auswirken würde. Hintergrund: Das deutsche Steuerrecht erlaubt keinen sprunghaften Anstieg des Steuertarifs ab einem bestimmten Einkommen. Deshalb müsste die ganze Steuerkurve angepasst werden. Zudem will die SPD die Abgeltungssteuer um sieben Prozent erhöhen. Sie wird derzeit mit 25 Prozent auf Kapitalerträge erhoben und betreffe auch Kleinanleger. Diese Steuererhöhungen würden die Mittelschicht angreifen, mit genau den Leistungsträgern, die wir entlasten wollen. Baden-Württemberg streicht ohne Not die Studiengebühren. Damit nimmt Grün-Rot den chronisch unterfinanzierten Hochschulen eine wichtige Einnahmequelle – bisher nutzen die Unis das Geld hauptsächlich für die Massenfächer, stellen Tutoren ein und reduzieren Klassengrößen. Das wussten unsere Studierenden mehr und mehr zu schätzen. Die Akzeptanz ist merklich gestiegen, das belegen Studien. Grüne und Rote lassen sich leider allzu sehr von ihren Glaubenssätzen leiten. Das ist gerade für Baden-Württemberg ein Rückschritt.

Mit freundlichen Grüßen  
Armin Schuster

**Armin Schuster, MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Büro: Paul-Löbe-Haus - Raum: 1 634

Telefon +49 30 227-71005

Fax +49 30 227-76606

Mail: [armin.schuster@bundestag.de](mailto:armin.schuster@bundestag.de)

Internet: <http://www.armin-schuster.eu>

## Afghanistan – Übergabe in Verantwortung umsetzen

In dieser Woche haben wir die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) beraten und dabei die Mandatsobergrenze von jetzt 5.350 auf 4.900 Soldatinnen und Soldaten gesenkt. Damit nimmt der Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan konkrete Form an. 2014 soll der Einsatz in seiner bisherigen Form beendet sein.

Bundesminister Guido Westerwelle hat in einer Regierungserklärung auch über die Ergebnisse der internationalen Afghanistan-Konferenz unterrichtet, die in der vergangenen Woche auf dem Petersberg bei Bonn stattfand. Wie bereits vor zehn Jahren ist es Deutschland gelungen, die wichtigsten Akteure aus Afghanistan an einen Tisch zu bringen und das internationale Engagement mit den Erwartungen und Zielen der Afghanen abzustimmen. Unser Engagement ist mit klaren Erwartungen an unsere afghanischen Partner verbunden. Der interne Reformprozess in Afghanistan verläuft nach wie vor schleppend. Uns ist bewusst, dass der Aufbau staatlicher Strukturen keine einfache Aufgabe ist, aber wir erwarten hier Fortschritte, damit wir den begonnenen Weg der „Übergabe in Verantwortung“ weiter gehen können.

## Engagement im Bundesfreiwilligendienst



Der Bundesbeauftragte Dr. Jens Kreuter warb auf Einladung von Armin Schuster vor Schülerinnen und Schülern der Max-Planck-Realschule und des Kreisgymnasiums in Bad Krozingen für den neuen Bundesfreiwilligendienst. Seit Aussetzung der Wehrpflicht und damit dem Wegfall des Zivildienstes können sich Menschen aller Altersschichten als Bufdi engagieren.

## Armin Schuster zu einem NPD-Verbot

### Scheitern würde großen Schaden anrichten

Derzeit wird von Bund und Ländern ein Antrag auf Verbot der NPD geprüft. Ich habe mich schon Anfang Dezember kritisch zu voreiligem Optimismus geäußert. Bitte nicht falsch verstehen: Ein NPD-Verbot ist politisch richtig und gewollt. Aber als polizeilicher und juristischer Praktiker weiß ich, dass das Bundesverfassungsgericht keine politische, sondern eine juristisch-formale Entscheidung zum Verbot treffen wird. Dafür müssen einige Voraussetzungen zwingend erfüllt sein: (*weiter auf Seite 3*)

## +++ Fakten +++ Argumente +++ Zitate+++

### 1,5 Mrd. € für die Rheintalbahn

Die Bundesregierung gibt bis 2015 fast 1,5 Milliarden Euro für den Aus- und Neubau der Rheintalbahn aus. Damit sei erwiesen, dass Stuttgart21 nicht zu Lasten der Rheintalbahn gehe, betonte Bundestagsabgeordneter Armin Schuster in einer Stellungnahme.

Zuvor hatte Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer den Investitionsrahmenplan für die Jahre 2011 bis 2015 vorgestellt. Darin sind rund 500 Millionen Euro für in Bau befindliche Abschnitte zwischen Schliengen und Basel sowie fast eine Milliarde Euro für den geplanten Rastatter Tunnel und den ebenfalls in Planung befindlichen Abschnitt Buggingen-Auggen vorgesehen. „Der Bund nimmt bis 2015 jährlich fast 300 Millionen Euro für die Rheintalbahn in die Hand. Es ist klar erkennbar: Der Fahrplan für das 3. und 4. Gleis wird eingehalten, die Finanzierung ist gesichert,“ freute sich Schuster. Im nächsten Schritt ginge es vor allem darum, dass die Kernforderung 4, die teilgedeckelte Tiefloge von Munzingen/Mengen bis südlich Buggingen umgesetzt werde. Dazu gebe es in den nächsten Wochen weitere Gespräche zwischen Staatssekretär Prof. Klaus-Dieter Scheurle und regional verantwortlichen Persönlichkeiten.

### Rede von Armin Schuster

Auch der Bund als Arbeitgeber muss sich zukünftig verstärkt um Fachkräfte bemühen. Deshalb hat die Koalition ein „Fachkräftegewinnungsgesetz“ mit vielfältigen Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung auf den Weg gebracht. Armin Schuster hielt in der abschließenden Debatte im Bundestag als beamtenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion [eine Rede](#) und warb darin auch um die Zustimmung der Opposition für dieses Gesetz.



Armin Schuster bei seiner Rede am Donnerstag Abend im Deutschen Bundestag.

*Fortsetzung von Seite 2: NPD-Verbot.* Die Antragsteller müssen beweisen, dass die NPD die Taten des Zwickauer Mördertrios gewollt, unterstützt und sich damit solidarisiert hat. Dafür gibt es derzeit keine Anhaltspunkte. Die drei Täter waren zum Zeitpunkt der Taten keine NPD-Mitglieder, ebensowenig ihre Helfer. Der verhaftete Ex-NPD-Funktionär war zum Zeitpunkt der Taten aus der Partei ausgetreten.

Das Gericht hat beim letzten NPD-Verbotsversuch klar gemacht, dass die V-Leute der Verfassungsschutzbehörden vollständig abgezogen sein müssten. Diese brauchen wir aber weiterhin, darin sind sich alle Innenminister einig. Übrigens: Dass die NPD-V-Leute nichts über das NSU-Mördertrio berichtet haben, kann auch ein Indiz dafür sein, dass tatsächlich keine Verbindung zwischen beiden bestand. Vorsichtig war ich auch von Anfang an mit dem Begriff des Rechtsterrorismus. Das Strafgesetzbuch versteht unter Terrorismus staatsgefährdende Taten. Dabei geht es um systematische Gewalt gegen ausgewählte Repräsentanten des „Systems“. Bevor das nicht bewiesen ist, spreche ich vorerst noch von einer rechtsextremen Mörderbande.

Parteiverbote spricht das Bundesverfassungsgericht nur dann aus, wenn zur verfassungswidrigen Gesinnung auch noch eine aktiv-kämpferische Haltung gegenüber der bestehenden Ordnung da ist. Hans-Jürgen Papier, Präsident des Bundesverfassungsgerichts a.D., sieht diesbezüglich einige Probleme: „In einem Verbotverfahren muss bewiesen werden können, dass die Partei als solche die freiheitliche demokratische Grundordnung bekämpft. Die Partei – und nicht nur einer ihrer Funktionäre – müsste in diese mörderischen Anschläge in irgendeiner Form verwickelt sein. Dieser Nachweis wird nicht einfach zu erbringen sein. Da müssten die Ermittlungen noch mehr ergeben.“

Ein gescheitertes NPD-Verbotsverfahren würde großen Schaden anrichten, weil es die NPD stärkt. Die Rechtsextremen würden sich zukünftig wieder damit brüsten, dass das Bundesverfassungsgericht ihre Verfassungstreue bestätigt hat, auch wenn dies bei genauerer Betrachtung nicht stimmt. Deshalb plädiere ich dafür, zuerst die Ermittlungen in der Mordserie abzuwarten und dann genau zu prüfen, ob das politisch gewollte Verbotverfahren Aussicht auf Erfolg hat.

## BLHV-Kreisversammlung in Hägelberg



Armin Schuster auf der Kreiszusammenkunft des Badischen Landwirtschaftlichen Hauptverbandes (BLHV). Thema des Tages: Die Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft.

## ++Fakten+++Fakten+++Fakten+++Fakten++

**Im Einsatz:** Derzeit ermitteln 400 Beamtinnen und Beamten zum Zwickauer Mördertrio, weitere 50 sollen dazu kommen.

**Beweise:** Rund 2500 Asservate wurden bereits von den Ermittlern sichergestellt, davon ca. 1700 in dem Zwickauer Haus.

**Taten:** Mindestens 26 Kapitalverbrechen gehen auf das Konto der Bande, darunter 10 Morde.

**Verhaftungen:** Derzeit befinden sich fünf Beschuldigte in Untersuchungshaft. Dies sind die Hauptbeschuldigte Zschäpe sowie die vier mutmaßlichen Helfer Holger G., Andre E., Matthias D. und Ralf Wohlleben.

**V-Leute:** Über 100 V-Leute haben Landes- und Bundesverfassungsschutz im NPD-Umfeld angeworben.



BKA Meckenheim. Bild: BKA

## Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus eröffnet

Als Konsequenz aus der jahrelangen unentdeckten Neonazi-Mordserie ist heute ein neues Abwehrzentrum von Bund und Ländern gegen Rechtsextremismus eröffnet worden. Dort sollen Verfassungsschützer und Polizisten zusammenarbeiten, um den Rechtsextremismus besser bekämpfen zu können. In dem neuen Abwehrzentrum sollen in der Aufbauphase etwa 130 bis 140 Beschäftigte arbeiten. Je 50 Experten sollen allein das Bundeskriminalamt und der Bundesverfassungsschutz stellen. Hinzu kommen Mitarbeiter der Länder, des militärischen Abschirmdienstes MAD, des Auslandsgeheimdienstes BND, der Bundespolizei und des Generalbundesanwalts. Das Abwehrzentrum hat seinen Sitz in Köln und Meckenheim bei Bonn. Schwerpunkte der Arbeit sollen tägliche Lagebesprechungen, Fallanalysen, Beurteilung von Gefährdungen und der Austausch über operative Schritte sein.